

Ressort: Politik

Zwölf Milliarden Euro an Mehrkosten bei Bundeswehr-Rüstungsprojekten

Berlin, 13.02.2019, 02:00 Uhr

GDN - Die Mehrkosten der neun großen Beschaffungen der Bundeswehr belaufen sich laut eines Zeitungsberichts auf mehr als zwölf Milliarden Euro. Allein 8,2 Milliarden Euro seien das Ergebnis von sogenannten Preisgleitklauseln, berichten die Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Mittwochs Ausgaben) unter Berufung auf den Rüstungsbericht des Bundesverteidigungsministeriums.

Diese Klauseln ermächtigen die Waffenhersteller, bestimmte Kosten auf die Bundeswehr und damit auf den Steuerzahler abzuwälzen. Matthias Höhn, der Wehrexperte der Linken-Bundestagsfraktion, sagte den Zeitungen, im Verteidigungsministerium brauche es einen Paradigmenwechsel. "Statt Klauseln, mit denen die Industrie abkassiert, braucht es Klauseln zum Schutz der Steuerzahler", so Höhn. Verträge dienten der Verlässlichkeit. Produkt und Preis würden im Voraus festgelegt. Darin liege für beide Seiten eine Schutzfunktion. "Bei der Bundeswehr - deren Rechnungen allein die Steuerzahler tragen - wird dieses Prinzip immer ausgehebelt", so der Wehrexperte weiter. Er warf Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) vor, die Kosten von Beschaffungen regelmäßig "schlank" zu rechnen. "Wenn dann am Ende die Rechnung der Rüstungsindustrie im Bandlerblock eingeht, stehen aber immer horrenden Mehrkosten, endlose Verspätungen und fragwürdige Qualität", so der Linken-Politiker weiter. Der Grünen-Wehrexperte Tobias Lindner forderte, die Formel für die Preisgleitklauseln müsse von Beginn an bekannt und transparent sein. "Schwierig ist es, wenn eine vereinbarte Preiseskalation dem Anreiz eines Auftragnehmers ein Vorhaben fristgerecht abzuliefern, entgegenwirkt", sagte Lindner den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. Besonders kritisch seien solche Projekte, "bei denen sich nach Überschreiten von Lieferfristen die Kosten durch die Preiseskalation immer weiter erhöhen." Ein Festpreis würde dieses Problem beheben.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-119957/zwolf-milliarden-euro-an-mehrkosten-bei-bundeswehr-ruestungsprojekten.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com